

9. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Belgien

Christian Franck*

Während sein Vorgänger Elio di Rupo sich auf der europäischen Bühne eher im Hintergrund gehalten hatte, nimmt Charles Michel, seit 2014 belgischer Premierminister, eine deutlich sichtbarere Rolle in der Europapolitik ein. Der junge Regierungschef tritt dabei in die Fußstapfen seines Vaters Louis Michel, einst Außenminister, belgischer Hauptverhandler des Vertrags von Nizza und des Verfassungsvertrags, schließlich Kommissar der Europäischen Kommission und Abgeordneter im Europäischen Parlament. Der europäische Geist des Vaters ist auf den Sohn übergegangen und hat ihn dazu gebracht, sich aktiv in die Debatten des Europäischen Rates einzubringen.

Im Herbst 2016 versetzte der Widerstand der belgischen Region Wallonien gegen die Unterzeichnung des Handelsabkommens CETA (Comprehensive and Economic Free Trade Agreement) zwischen der EU und Kanada durch die föderale Regierung Belgiens diese in eine schwierige Lage: Belgien versteht sich selbst als einer der Mitgliedstaaten, der die europäische Integration vorantreiben möchte, ist nun allerdings in der EU und gegenüber Kanada isoliert. Sobald der Konflikt zwischen den belgischen Regionen beigelegt sein wird, kann das Abkommen unterschrieben werden. Für die Zeit danach strebt der belgische Premierminister erneut eine aktive Rolle seines Landes in den Diskussionen über die Zukunft der EU nach dem Austritt Großbritanniens an.

Belgiens Streben nach einem Platz im „Cockpit“ der Reformgruppe

Der Premierminister Charles Michel ist Teil der liberalen Partei Mouvement réformateur (MR), die einzige französischsprachige Partei in der Regierungskoalition, die mit 65 von 85 Abgeordneten insgesamt mehrheitlich aus flämischen Abgeordneten besteht. Trotz seiner Mitte-Rechts-Ausrichtung kooperierte der belgische Premierminister eng mit dem jungen linksgerichteten italienischen Regierungschef Matteo Renzi, mit dem Ziel, das europäische Projekt voranzubringen. Mit diesem Ansinnen traf Michel am 29. August 2017 auch mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und dem luxemburgischen Regierungschef Xavier Bettel zu einem informellen Treffen zusammen. Die jungen Staats- und Regierungschefs, alle vier sind um die 40 Jahre alt, eint die Überzeugung, dass die europäische Integration einen Neustart braucht. Anlässlich des Treffens verkündete der belgische Premier, Belgien solle einen Platz im „Cockpit“ der Mitgliedstaaten einnehmen, die der Erneuerung Europas einen neuen Anreiz verschaffen wollen.¹ Diese Formulierung entwickelte sich zu Michels Leitmotiv und tritt

* Übersetzt aus dem Französischen von Jana Schubert.

1 Oliver le Bussy: « La Belgique doit être dans le cockpit au niveau européen », in: *La Libre Belgique*, 31.8.2017.

wiederkehrend in seinem europapolitischen Diskurs auf. Ende Januar 2018 wiederholte er es gegenüber Wladimir Putin anlässlich eines Aufenthalts in Moskau, am 3. Mai 2018 erneut im Europäischen Parlament.²

Jenseits der Diskrepanzen miteinander sprechen

Obwohl der belgische Premier der Kooperation mit den Befürwortern einer EU-Reform nach dem Austritt Großbritanniens Vorrang gewährt, vernachlässigt er dennoch nicht den Austausch mit Regierungen, die der Vertiefung der europäischen Integration ablehnender gegenüberstehen. Zwar hat ein Treffen zwischen Spitzenpolitikern Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs mit Kollegen aus den Visegrád-Staaten die Differenzen über die Migrationsfrage, den Schutz des Rechtsstaats und insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz nicht verringern können.³ Dennoch hatte der Dialog darüber auch einen gewissen Nutzen, denn er habe mehr Verständnis über die Ansprüche, die die verschiedenen Mitgliedstaaten an die EU haben, sowie über die Enttäuschung einiger Mitgliedstaaten gefördert, ohne diese unbedingt verstehen zu müssen.⁴ Um diese Differenzen zu überwinden, lud Charles Michel im Vorfeld des Europäischen Rates am 23. Februar 2018 zu einem Abendessen nahe Brüssel. Seiner Einladung folgend diskutierten zwölf seiner Amtskollegen, unter ihnen Angela Merkel, Emmanuel Macron, Theresa May, Mariano Rajoy, Paolo Gentiloni, der slowakische Premier Robert Fico und der Pole Mateusz Morawiecki. Das Treffen folgte keiner festen Tagesordnung, sondern sollte das Verständnis der Positionen der anderen Staats- und Regierungschefs fördern und Raum zur Streit-schlichtung bieten.⁵

Aufmerksam verfolgt der belgische Premierminister auch weiterhin die Verhandlungen über die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien nach dessen Austritt. Diesbezüglich traf er im Mai 2018 sowohl mit Theresa May in London als auch mit seinem irischen Amtskollegen Leo Varadkar in Dublin zusammen. Gesprächsthema war das Problem der Grenze zwischen Ulster und Dublin, die im Falle eines ‚hard Brexit‘ mit einem Austritt Londons aus der Zollunion wieder entstände.⁶

Übereinstimmung zwischen Frankreich und Belgien

Aus Belgien einen Protagonisten der EU-Reform machen und gleichzeitig den Dialog mit den eher zurückhaltenden Mitgliedstaaten aufrechterhalten ist der primäre Duktus der Europapolitik der Regierung unter Charles Michel. Sie zeugt von deutlichen Gemeinsamkeiten mit den europapolitischen Zielen des französischen Staatspräsidenten Macron, der in seiner Rede an der Sorbonne eine differenzierte europäische Integration vorgeschlagen hat.⁷ Die Regierungen in Brüssel und Paris haben auch einen gemeinsamen Standpunkt hinsichtlich des Kampfes gegen das sogenannte Lohndumping in der EU und erzielten eine Reform der Entsenderichtlinie, die nun die gleiche Entlohnung von nationalen Arbeitnehmern und Arbeitnehmern aus anderen Mitgliedstaaten verlangt. Belgien und Frankreich

2 Jurek Kuczkiwicz: Charles Michel, pro-européen en contrôle, in: *Le Soir*, 4.5.2018.

3 Der belgische Außenminister Didier Reynders fordert eine jährliche Prüfung beziehungsweise eine ‚Peer-Review‘ über die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten.

4 Olivier le Bussy: Charles Michel se pose en accoucheur des débats européens en organisant un « mini pré-sommet européen », in: *La Libre Belgique*, 23.2.2018.

5 Le Bussy: Charles Michel se pose en accoucheur des débats européens, 2018.

6 Jurek Kuczkiwicz: Brexit: Bruxelles-Londres-Dublin, un alignement impossible, in: *Le Soir*, 24.5.2018.

7 Vgl. hierzu auch den Beitrag ‚Frankreich‘ in diesem Jahrbuch.

kämpften gemeinsam mit Italien für ein Ende der Verwendung des Herbizids Glyphosat,⁸ mussten allerdings die Verlängerung der Zulassung für weitere fünf Jahre akzeptieren. Hinsichtlich institutioneller Reformen unterstützt der belgische Premier den Vorschlag Macrons zur Einführung transnationaler neben nationaler Wahlkreise für die Europawahlen 2019, sowie die Verbindung des Spitzenkandidatenmodells zur Ernennung des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission mit der Einführung von Wahlkreisen mit länderübergreifenden Listen. Im Bereich der Verteidigungspolitik gehört Belgien zu den 23 EU-Mitgliedstaaten, die im November 2017 ihre Beteiligung an der mit dem Vertrag von Lissabon etablierten Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, die hauptsächlich auf die Entwicklung gemeinsamer Kapazitäten und Logistik abzielt, zugesagt haben. Seit Juni 2018 ist Belgien gemeinsam mit sieben anderen Ländern zudem Mitglied der von Frankreich gegründeten Europäischen Interventionsinitiative, die gemeinsame Militärintervention unterstützen soll.

Auch wenn die Absicht, die Wiederbelebung der europäischen Integration aktiv voranzutreiben und die Übereinstimmung mit den europapolitischen Visionen des französischen Staatspräsidenten in der belgischen Europapolitik überwiegt, ist in Belgien, obgleich weniger ausgeprägt, auch eine gegenläufige Positionierung, die zur klar europäischen Programmatik des Premierministers im Widerspruch steht, wahrnehmbar. Die größte flämische Partei der Koalitionsregierung, die Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA), bekennt sich zu einer Politik des „Euro-Realismus“,⁹ die in vielen Teilen den Europapositionen der konservativen Partei Großbritanniens sehr nahe kommt. Bart de Wever, Bürgermeister von Antwerpen und Präsident der N-VA, nimmt dabei zum europäischen Föderalismus des ehemaligen belgischen Premierministers und Vorsitzenden der liberaldemokratischen Fraktion (ALDE) im Europäischen Parlament, Guy Verhofstadt, eine Gegenposition ein.

Der „Euro-Realismus“ der N-VA

Recht offensichtlich ist die politische Verbundenheit der N-VA mit Großbritannien sowie den nördlichen und östlichen Mitgliedstaaten statt mit Frankreich oder den südlichen Mitgliedstaaten. Die Gemeinsamkeiten der N-VA mit dem Vereinigten Königreich sowie den Partnern in Nord- und Osteuropa sind viel größer als mit Paris und Südeuropa, wie der belgische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Sander Loones, auch im Rahmen einer Debatte im Anschluss an die Rede von Charles Michel im Europäischen Parlament am 3. Mai 2018 darlegt.¹⁰ Das macht deutlich, dass die Sensibilität für Europa der stärksten flämischen Partei N-VA nicht unmittelbar mit der des Premierministers und anderen Parteien der Regierungsmehrheit harmonisiert. Diese Positionierung reflektiert sich in der Haltung des belgischen Finanzministers, Johan van Overtveldt, der entsprechend der Position seiner Partei N-VA zurückhaltend hinsichtlich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer und der Besteuerung der großen Internetunternehmen Google, Amazon, Facebook und Apple ist. Ebenso wie die Niederlande unterstützt die N-VA die Einführung eines Eurozonenbudgets nicht.

⁸ Vgl. hierzu auch den Beitrag „Agrar- und Fischereipolitik“ in diesem Jahrbuch.

⁹ Zum ‚Euro-Realismus‘ der N-VA und zur Annäherung mit Großbritannien siehe Bart Haeck: Na de kater. Hoe we ons geloof, in de Europese Unie verliezen, uitgeverij Polis 2017, S. 26-34. Die N-VA stellt vier Abgeordnete im Europäischen Parlament, die wie die Abgeordneten der britischen Konservativen und Unionistischen Partei („Tories“) der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen angehören.

¹⁰ Bart Beirlant: N-VA maakt Michel kwetsbaar voor kritiek, in: De Standaard, 4.5.2018.

Hinsichtlich der Asyl- und Migrationspolitik beharrt der Generalsekretär der N-VA Theo Francken auf harten Positionen. Er plädiert für Aufnahmezentren und für die Registrierung der Migranten, die Asyl beantragen wollen, an den Außengrenzen der EU, vor allem in Tunesien. Zudem unterstützt er die Zurückweisung von Schiffen, mit denen Migranten nach Europa übersetzen, obwohl diese Praxis im Widerspruch zu einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrecht steht. Diese Positionen finden in der belgischen Regierung keine Unterstützung.

Der Verteidigungsminister, Steven Vandenput, der direkt in das Vorhaben, veraltete YF16 Jagdbomber des US-Unternehmens Lockheed aus den 1970er Jahren durch 34 neue Kampfflugzeuge zu ersetzen, involviert ist, ist ebenfalls Mitglied der N-VA. Er lehnt das Angebot des französischen Unternehmens Dassault für das Kampfflugzeug Rafale, das außerhalb des Vergabeverfahrens erfolgte, aber mit dem Angebot einer strategischen und wirtschaftlichen Partnerschaft verbunden ist, als unzulässig ab.¹¹ Die Wahl müsse auf das amerikanische Kampfflugzeug YF-35 des Unternehmens Lockheed und den Eurofighter Typhoon, der von einem Unternehmenskonsortium mit britischer, deutscher, italienischer und spanischer Beteiligung entwickelt wird, beschränkt werden. Der N-VA-Vorsitzende Bart de Wever lehnt das Kampfflugzeug Rafale ebenfalls ab, da es nicht leistungsstark genug für die belgische Verteidigung sei.¹² Der Premierminister allerdings sieht das Vorhaben der Erneuerung der Kampfflugzeuge im Kontext der Weiterentwicklung der europäischen Verteidigung und rief den Verteidigungsminister zur Ordnung. Gleichzeitig bestätigt er, dass die Rafale ebenso zur Wahl stehe wie der YF-35 und der Eurofighter. Schließlich entschied sich die belgische Regierung Ende Oktober 2018 für das amerikanische Kampfflugzeug YF-35.

Die Reaktion Belgiens auf die spanische Sezessionskrise im Herbst 2017 verdeutlicht das Gewicht der N-VA. Die flämische Partei unterstützt die Unabhängig Kataloniens rigoros. Unter Berücksichtigung der Sensibilität des Themas und um den Zusammenhalt seiner Regierungsmehrheit zu wahren, nahm der belgische Premierminister eine Position ein, die ihn von seinen europäischen Partnern isolierte.¹³ Als Einziger rief er zum Dialog nicht nur im Rahmen des spanischen Verfassungsrechts, sondern auch im Rahmen des internationalen Rechts auf, in dem immerhin das Recht auf Selbstbestimmung verankert ist.

Weiterführende Literatur

Sophie Heine et al.: *The Relaunch of Europe. Mapping Member States' Reform Interests. Country Issue: Belgium*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.

Alexander Mattelaer (Hrsg.): *Exploring the Boundaries of Conditionality in the EU*, Egmont Policy Brief, N°51, June 2018.

11 Steven Vandenput: « Frans bod uitgesloten », in: *DeMorgen*, 22.6.2018.

12 Vincent Rocour: *MR et N-VA à couteaux tirés*, in: *La Libre Belgique*, 25.6.2018.

13 Für die Reaktionen der europäischen Regierungschefs auf die spanische Sezessionskrise siehe *Bulletin quotidien Europe* n°11983, 20.11.2017.